



START für einen langen Weg

In Prag unterzeichnen die Präsidenten der USA und Russlands heute einen neuen Abrüstungsvertrag. Ist das ein erster Schritt zur atomwaffenfreien Welt, die Barack Obama versprochen hat? **Seite 2**



Rechte Gefahr in Osteuropa

Der Verlust von Identitäten nach 1989, Angst vor dem großen Europa, die Krise und soziale Probleme haben zu einem Erstarken der Rechten in Osteuropa geführt, warnt Bernhard Odehnal. **Seite 3**



Literatur im ND

Die Kirche und die Stasi – ein weites und heftig diskutiertes Feld. Der Thüringer Theologe Ludwig Große wendet sich gegen Pauschalurteile. Außerdem: Deutsche Gegenwartsliteratur. **Seiten 16 und 17**

Standpunkt

Tit for tat

Von Olaf Standke

Afghanistan ist jetzt auch der weltgrößte Cannabis-Produzent. Beim Mohn, Grundstoff für Opium und Heroin, lag man ohnehin schon einsam an der Spitze. Was aber nicht zwangsläufig heißen muss, dass sich der Präsident des Landes im Drogenrausch befindet. Das jedoch suggerieren westliche Diplomaten gerade, nachdem Hamid Karsai mit in ihren Augen bizarren Reden für Schlagzeilen gesorgt hat: Hinter den massiven Manipulationen bei der Wahl im Vorjahr steckten Ausländer, sie würden auch Regierung und Parlament in Kabul unter Druck setzen, eine geplante Offensive der NATO in Kandahar müsse von der Zustimmung der dortigen Stammesältesten abhängig gemacht werden, und er selbst könne schnell ebenfalls Aufständischer werden.

Einmal abgesehen davon, dass nicht alles davon Unsinn ist – warum geht der Präsident dermaßen auf verbalen Konfrontationskurs? »Tit for tat« sagt man in den USA, wie Du mir, so ich Dir. Also nur eine Retourkutsche für die wachsende Kritik aus dem Westen, Karsai tue zu wenig gegen die Korruption und den illegalen Handel mit Rohopium oder den desolaten Zustand der afghanischen Sicherheitskräfte? Nein, hinter den Attacken steckt nicht nur gekränkte Eitelkeit. Karsai denkt längst an die Zeit nach dem Abzug der NATO-Truppen. Er will das Image als Marionette von Washingtons Gnaden los werden und sein politisches Überleben wie die Pfründe seines Clans sichern. Was immer er konsumieren mag, hier spricht aus ihm kühles Kalkül.

Unten links

Mitten in die Mitgliederbefragung der LINKEN platzt eine sensationelle Nachricht: Bei der Wahl der Chefs bezogen Tauben ein komplexes, dynamisches Bewegungssystem, in dem auch die Meinung einfacher Schwarmmitglieder eine Rolle spielt. Im Prinzip kann jeder mal Anführer werden und die Richtung bestimmen; die besten Aussichten hat aber, wer sich in der Nähe der Spitze aufhält. Ein Traum für Demokratietheoretiker. Seitdem gehen im Statutenlabor des Karl-Liebknecht-Hauses die Lichter selbst nachts nicht mehr aus. Waren der umständliche Mitgliederentscheid und der ganze Streit darum inklusive alternativer Unterschriften-sammlung überhaupt nötig? Diese brisante Frage soll schnellstens geklärt werden. Möglicherweise muss man dazu – wie den Tauben – allen Genossen Bewegungsmelder umschnallen, besonders zur Beobachtung von Flügelkämpfen. Zum Phänomen der Doppelspitze allerdings schweigen sich die Ornithologen leider hartnäckig aus. *wh*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375

Obama droht Karsai mit Hausverbot

Afghanischer Präsident reizt Washington vor USA-Besuch mit provokanten Äußerungen



Obama und Karsai am 28. März in Kabul. Jetzt steht mehr als ein Tisch zwischen den beiden.

Foto: AFP/Watson

Der Streit zwischen Washington und Kabul spitzt sich weiter zu: Nach den umstrittenen Äußerungen des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai drohen die USA damit, seinen geplanten Besuch in Washington abzulassen.

Washington/Kabul (Agenturen/ND). Wenn Karsai weiterhin derart ärgerliche Bemerkungen machen sollte, müsse man eine Absage prüfen, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Robert Gibbs. Karsai sorgte kürzlich mit einer ganzen Serie von Äußerungen für Verstimmung in Washington. Zunächst behauptete er, hinter den Manipulationen bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr hätten ausländische Diplomaten gesteckt. Dann machte er den Beginn einer geplanten US-Großoffensive gegen die Taliban in der südafghanischen Provinz Kandahar von der Zustimmung örtlicher Stammesführer abhängig.

Zudem schreckte Karsai das politische Washington nach Angaben der »New York Times« mit der

Drohung auf, sich selbst den aufständischen Taliban anzuschließen, wenn ausländische Mächte ihn weiterhin ständig kritisieren. »Wenn ihr und die internationale Gemeinschaft mich noch mehr unter Druck setzt, dann, das schwöre ich euch, werde ich mich den Taliban anschließen«, soll Karsai nach Angaben eines afghanischen Parlamentariers gesagt haben.

»Ich kann mir nicht vorstellen, dass auch nur irgendjemand in diesem Land diese Bemerkungen anders als besorgniserregend beurteilt«, sagte US-Sprecher Gibbs. »Wir werden sicherlich alle möglichen weiteren Bemerkungen Karsais prüfen, ob ein solches Treffen (mit US-Präsident Barack Obama) konstruktiv wäre.« Vorläufig bleibe der für Mai ins Auge gefasste Besuch aber im Programm.

Der ehemalige UNO-Gesandte in Kabul, Peter Galbraith, bezeichnete Karsais Verhalten als impulsiv und unausgeglichen und führte dies auf einen möglichen Drogenkonsum zurück. Dem TV-Sender

MSNBC erklärte er: »Einige Palastinsider in Kabul sagen, er habe eine gewisse Vorliebe für einige der gewinnträchtigsten Exportgüter Afghanistans.«

Die Beziehungen zwischen Washington und Kabul stehen seit Längerem nicht zum Besten: Die USA werfen Karsai vor, er unternehme nicht genug gegen Korruption und den illegalen Handel mit Rohopium, außerdem bemängeln sie schlechte Leistungen der afghanischen Sicherheitskräfte. Hinter vorgehaltener Hand werfen die USA Karsai Mangel an Durchsetzungswillen und -fähigkeit vor.

Unterdessen ist der Chef der umstrittenen afghanischen Wahlkommission (IEC), Asisullah Ludin, am Mittwoch zurückgetreten. Knapp acht Monate nach der von Betrug überschatteten Präsidentschaftswahl reichte auch sein Stellvertreter Daoud Ali Nadschafi den Rücktritt ein, wie der Sprecher von Präsident Hamid Karsai, Wahid Omar, am Mittwoch mitteilte. Karsai habe beide Rücktrittsgesu-

che akzeptiert. »In der nahen Zukunft wird der Präsident nach Erwägungen und notwendigen Konsultationen neue Menschen auf ihre Posten berufen.« Die Gründe für die Amtsniederlegung der Kommissionsmitglieder blieben unklar.

Bei einem Selbstmordanschlag auf US-Truppen in der ostafghanischen Stadt Dschalalabad wurde am Mittwoch ein Zivilist getötet.

Das afghanische Heer hat nach französischen Berichten bei der Offensive in Helmand 60 Prozent seiner im Kampf engagierten Truppen eingebüßt. Es habe zwar nur wenig Tote gegeben. Dazu kämen aber Verletzte, Deserteure und Demissionen, schreibt das Pariser Wochenblatt »Le Canard enchaîné« unter Berufung auf Berichte französischer Offiziere an Präsident Nicolas Sarkozy. Wenig ermutigend sind auch französische Militärberichte über die afghanische Polizei. Mehr als die Hälfte der Rekruten nehme Drogen, schreibt das Blatt, das regelmäßig aus geheimen Militärdossiers zitiert.

Viele Tote bei schweren Unruhen in Kirgistan

Opposition: Fast 100 Menschen starben / Ausnahmezustand verhängt / Parlament gestürmt

Blutiger Aufstand in Kirgistan: In der an China grenzenden zentralasiatischen Republik sind bei Massenprotesten gegen die Regierung zahlreiche Menschen getötet worden.

Bischkek (Agenturen/ND). Bei den gewalttätigen Protesten der Opposition in Kirgistan haben Demonstranten das Parlament gestürmt. Sie fordern den Rücktritt von Staatschef Kurmanbek Bakijew. Wie Augenzeugen berichteten, stand in der Hauptstadt Bischkek das Erdgeschoss des Sitzes der Generalstaatsanwaltschaft in Flammen. Die Regierung hat den Ausnahmezustand verhängt.

Wie es hieß, hatten zuvor Demonstranten mit Kalaschnikow-Maschinenpistolen auf Regierungsgebäude geschossen. Die

Waffen wurden ihnen von der Polizei weggenommen. Die Polizei feuerte Lärmgranaten und Tränengas auf die Menge ab. Schüsse fielen.

Bei den Protesten starben nach Angaben einer Vertreterin des Gesundheitsministeriums mindestens 19 Menschen, mehr als 140 weitere wurden demnach verletzt. Die meisten Todesopfer seien an Schusswunden gestorben. Mehr als 130 Verletzte würden in Krankenhäusern behandelt, die meisten waren den Angaben zufolge unter 30 Jahre alt. Die Opposition sprach unterdessen von fast 100 Toten.

Über das Schicksal des Innenministers Moldomussa Kongantijew gab es widersprüchliche Angaben. Aus Polizeikreisen in Bischkek und von einer Quelle im Innenministerium hieß es, Kon-

gantijew sei in der nordwestlich gelegenen Stadt Talas gestorben, nachdem er verletzt worden sei. Auch russische Nachrichtenagenturen sowie mehrere lokale unabhängige Medien und Nichtregierungsorganisationen hatten zuvor berichtet, der Innenminister sei tot. Ein Sprecher des Innenministeriums in Bischkek erklärte dagegen, Kongantijew sei am Leben und halte sich in Talas auf. Er sei von Oppositionellen als Geisel genommen worden. Jedoch gebe es sehr wenige Informationen.

In einer Ansprache über einen von der Opposition besetzt gehaltenen staatlichen Fernsehsender forderte Oppositionsführer Tekebajew die Regierung von Präsident Bakijew zum Rücktritt auf. Mit Ministerpräsident Danjar Usenow

habe es bereits Gespräche gegeben. »Unser einziges Ziel ist, dass sie ihre Macht abgeben«, sagte Tekebajew. Die Opposition wirft Bakijew Korruption und die Knebelung unabhängiger Medien vor.

EU-Außenministerin Catherine Ashton äußerte sich besorgt über die Gewalt in Kirgistan. Sie rief »alle Seiten auf, sich in Zurückhaltung zu üben«. Regierung und Oppositionskräfte sollten sofort ihren Dialog wiederaufnehmen, um »eine friedliche Lösung zu finden«. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik brachte zudem ihre »tiefe Beunruhigung« über die Todesfälle bei den Protesten, die Festnahme von Oppositionspolitikern und »Versuche, die Meinungsfreiheit einzuschränken«, zum Ausdruck.

Geste der Versöhnung in Katyn

Putin und Tusk beim Gedenken an Massaker

Moskau (Agenturen/ND). 70 Jahre nach dem Massaker von Katyn haben die Regierungschefs von Russland und Polen, Wladimir Putin und Donald Tusk, erstmals gemeinsam der Opfer in dem westrussischen Ort gedacht. Beide Politiker legten am Mittwoch am Mahnmahl für Tausende vom sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordete polnische Offiziere und Intellektuelle Kränze nieder. Danach reichten sich Tusk und Putin in einer historischen Versöhnungsgeste die Hand.

Putin sagte, es könne keine Rechtfertigung für die mit Stalins Namen verbundenen Repressionen geben. Gleichwohl wäre es falsch, das russische Volk pauschal für schuldig zu erklären. Putin ist der erste Regierungschef des Landes, der Katyn besucht. Der Ex-Kremlchef erinnerte daran, dass unter dem Regime Stalins in der Region um Katyn auch viele Sowjetbürger getötet worden seien. »Es wäre heuchlerisch, dies alles vergessen zu wollen. Wir sind der Wahrheit verpflichtet, wie bitter diese auch ist«, sagte Putin.

Tusk bezeichnete die Wahrheit über Katyn als »Gründungsmythos des freien Polen«. Jahrzehntlang habe die kommunistische Propaganda die Menschen belogen und das Massaker als Verbrechen deutscher Faschisten dargestellt. Die Wahrheit sollte Polen und Russen nicht trennen, appellierte Warschauer Regierungschef.

Kurz

Auf US-Todesliste

Washington (dpa). Die USA haben die gezielte Tötung eines in Jemen untergetauchten US-amerikanischen Terrorverdächtigen angeordnet. Es handelt sich um den Islamisten-Prediger Anwar al-Awlaki, der erst kürzlich zum Heiligen Krieg gegen die USA aufgerufen hatte. Es sei »extrem selten« oder gar das erste Mal, dass ein US-Amerikaner auf die Todesliste gesetzt werde, berichtete die »New York Times«.

Mehr Sitze in Brüssel

Brüssel (AFP). Im Europaparlament hat der zuständige Verfassungsausschuss einer Änderung des Reformvertrags von Lissabon zugestimmt, die die formelle Aufnahme von 18 zusätzlichen Europaabgeordneten ermöglichen soll.

Pfandleihrekord

Stuttgart (dpa). Die deutschen Pfandleihhäuser haben im vergangenen Jahr so viel Geld verliehen wie noch nie zuvor. Mit rund 530 Millionen Euro stieg der Wert der vergebenen Darlehen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent.

Sprit wieder billiger

München (dpa). Die Spritpreise sinken wieder. Nach Angaben des ADAC kostete der Liter Superbenzin im bundesweiten Schnitt am Dienstag 1,418 Euro, 2,4 Cent weniger als in der Vorwoche.

